

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

(sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“)

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanisch, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Weidenbörcher 56.

Eintrag der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 30 A.

Verbandskollegen! Pflüdtreue Mitglieder bleiben dem Verbands nichts schuldig! Beitragsrückstand und Pflüdtreue sind Gegenläufer! ❧ ❧

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Zur Beachtung!

Das Inhaltsverzeichnis für den 18. Jahrgang des „Grundstein“ wird mit der am 6. Januar erscheinenden Nr. 1 unseres Blattes verandt.

Bestellungen müssen spätestens bis zum 30. Dezember in unseren Händen sein. Ohne direkte Bestellung wird kein Verzeichnis verandt.

Einbanddecken werden gleichfalls auf Bestellung, zum Selbstkostenpreis, geliefert.

Die Redaktion.

Zur „Frage“ der Anerkennung der Arbeiterorganisation.

In bürgerlichen Blättern wird diese „Frage“ wieder lebhaft erörtert, und zwar hauptsächlich in Rücksicht auf den Gesetzentwurf, betr. die „Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine“, der den Reichstag in dieser Session beschäftigen soll, und über dessen Tendenz wir uns in Nr. 45 unseres Blattes geäußert haben. Während die dem Geiste des Zentralverbandes deutscher Industrieller dienenden Blätter nach wie vor die Anerkennung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation oder deren Vertretungen als Vertragsfaktor entschieden zurückweisen, treten andere unter gewissen Voraussetzungen und Kautelen für diese Anerkennung ein. So finden wir in der „Deutschen Tageszeitung“, dem Organ des Bundes der Landwirte, Ausführungen des Generalsekretärs des Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverbandes, Frhrn. v. Reismis. Er sucht mit Bezugnahme auf Statistik und Praxis nachzuweisen, daß die übergroße Masse der nichtorganisierten deutschen Arbeitgeber längst mit der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation zu verhandeln pflege. Seine Meinung, der er übrigens bereits vor einigen Monaten Ausdruck gegeben hat, ist, daß die Anerkennung der Berufsvereine zur Schlichtung von Streitigkeiten führen und einer „national gesinnten“ Gewerkschaftsbewegung die Wege ebnen werde. Eine seiner Ausführungen in dem genannten Blatte geht dahin:

„Ich glaube dafür eintreten zu sollen, daß die vollkommene Abneigung des Unternehmertums, insbesondere mit den Vertretern der sozialdemokratischen Gewerkschaften, in irgend welche Unterhandlungen über die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse eintreten, hinter der Erwägung zurückzuführen hat, daß durch solche Verhandlungen, die natürlich ohne jeden behördlichen Zwang freihändig zwischen Organisation und Organisation stattfinden haben, den sozialdemokratischen Agitatoren die Möglichkeit genommen wird, durch den Hinweis auf den selbstherrlichen Standpunkt der Unternehmer Haß und Erbitterung

in die Reihen der Arbeiter zu tragen, und sie auf diese Weise zu Anhängern der Sozialdemokratie zu machen.“

Freiherr v. Reismis hat wohl keine Ahnung davon, wie sehr er mit dieser Ausführung die Sache der Unternehmer, der er dienen will, diskreditiert. Denn seit den ersten Anfängen der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation und ohne Unterlaß haben sich diese zu der Verhandlungspraxis und nicht zum „unbedingten“ Kampf bekant. Wir kennen keinen einzigen Fall unter Tausenden, daß organisierte Arbeiter zum Streik geschritten wären, ohne zuvor ernstlich und nachdrücklich versucht zu haben, die Differenzen auf dem Wege der Verhandlung zu schlichten, um den Streik zu vermeiden. Demgegenüber aber steht die Tatsache fest, daß das kollektive Unternehmertum sowie einzelne Unternehmer in der Regel die Verhandlung und damit die Anerkennung der Arbeiterkoalition grundsätzlich und fanatisch unter Geltendmachung des Herrschaftspunktes ablehnten, wodurch die Streiks geradezu provoziert wurden. Nach unseren um vier Jahrzehnte zurückreichenden Erfahrungen auf diesem Gebiete hätte weitaus die größte Zahl der Streiks vermieden und hätten die meisten der ausgebrochenen Streiks leicht und schnell beendet werden können, wenn nicht die Unternehmer rücksichtslos ihre absolutistische Autorität wider die Arbeiter geltend gemacht hätten. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft und die Sozialdemokratie haben sogar die reichsgesetzliche Einführung des Verhandlungszwanges verlangt. Aber die Regierung und die Vertreter der herrschenden Parteien und Klasse im Reichstage haben, dem Widerspruch der Unternehmer Rechnung tragend, dieses Verlangen zurückgewiesen.

Demgegenüber nimmt es sich doch merkwürdig aus, daß sich jetzt Vertreter der Unternehmertumkoalition — allerdings immer noch unter ausdrücklicher Ablehnung des Verhandlungszwanges, wie Freiherr v. Reismis — für die Anerkennung der sozialdemokratischen Arbeiterorganisation zwecks Verhandlung mit deren Vertreter erklären, unter der Voraussetzung, damit der „sozialdemokratischen Verheerung“ entgegenwirken zu können. Es ist das alte Widerspiel in Theorie und Praxis der Gegner der Arbeiterbewegung: was man ihr erst jahrelang versagt, um sie desto leichter bewältigen zu können, das gesteht man, nachdem die Verfassung sich als völlig unwirksam erwiesen, endlich zu in der Meinung, damit denselben Zweck erreichen zu können! Diese sozialpolitischen Experimente sehen auch heute noch nicht ein, oder wollen nicht zugeben, daß der gewerkschaftliche Kampf mit allen seinen Begleiterscheinungen das notwendige Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaft- und Sozialordnung ist. Die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung, die völlig unabhängig von „sozialdemokratischen Einflüssen“ entstanden ist und sich unter gewaltigen Kämpfen entwickelt hat, könnte sie darüber belehren. Nicht minder auch die Tatsache, daß in Deutschland christliche Arbeiterorganisationen, die der Sozialdemokratie direkt feindlich sind, gezwungen sind, gleichwie die sozialdemokratischen, sich als Kampforganisationen zu betätigen, zum Streik zu schreiten, wenn sie erfolgreich für Arbeiterinteressen eintreten wollen. Sehr beachtlich hat sich kürzlich der „Hamburgische Correspondent“ zu dieser Angelegenheit geäußert in einem Artikel über „Die gewerkschaftlichen Arbeitskämpfe und ihre Verhütung“. Es wird da zunächst gesagt:

„Nicht weniger als 2040 Arbeitskämpfe mit 137 240 beteiligten Arbeitern zählt die amtliche Statistik für das

Jahr 1904 auf. Davon waren 132 Aussperrungen, von denen 23 760 Arbeiter betroffen worden sind. Seit 1899 ist diese Zahl der Kämpfe und ihr Umfang der größte. Aber das laufende Jahr wird sie noch übertreffen. Ramentlich steigen die Ziffern der Aussperrungen rapide. Sie drücken jetzt eigentlich den Arbeitskämpfen ihren Stempel auf.“

Dann geht der Artikel ein auf die „neben diesem Kriege der Arbeitgeber und der Arbeiter laufende breite und tiefe Strömung friedlicher Verhandlungen“, von der die große Öffentlichkeit zumeist nicht viel merkt:

„Der Streik und die Aussperrung machen Lärm, die Parteien wenden sich an das große Publikum, die Zeitungen berichten und urteilen; endlich kommt die Statistik und schlägt den Tatbestand in Zahlen nieder. Das alles fällt bei den friedlichen Verhandlungen fort; sie spielen sich im engsten Kreise ab, von den Beteiligten hat keiner das geringste Interesse daran. Rärm zu schlagen und die Streitpunkte auf die Gasse zu tragen. Aber es ist von höchster Wichtigkeit, diese friedliche Bewegung genauer zu verfolgen, als es bis jetzt geschehen ist.“

Es werden nun an der Hand der Gewerkschaftsstatistik — die amtliche Reichsstatistik hat sich ja damit noch nicht beschäftigt — für das Jahr 1904 folgende Daten gegeben: Friedliche Lohnbewegungen waren insgesamt im Jahre 1904 bei 40 Gewerkschaftsorganisationen in 1310 Orten in 15 143 Betrieben; an ihnen waren 184 206 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt. Demgegenüber standen 1625 Arbeitskämpfe, Streiks und Aussperrungen, mit 135 957 Beteiligten.

Das Blatt bemerkt dazu, es ergebe sich damit das sicherlich für weite Kreise überraschende Resultat, daß die friedliche Strömung sogar noch breitere Massen der Arbeiterbevölkerung umfaßt, als der Kampf“. Denn:

„Der Erfolg der Arbeitskämpfe hat sich den Arbeitern nur in einem Viertel aller Fälle zugeneigt, während die Arbeitgeber in 89 unter 100 Fällen siegen; in 88 pZt. hatten beide Parteien einen Teilerfolg. Und die Kriegskosten der Arbeiter allein betragen 5½ Millionen Mark; die eingeküßten Löhne (7½ Millionen), die Verluste der Unternehmer, die Schädigung des Volkswohlfandes belaufen sich natürlich noch sehr viel höher. Die friedlichen Lohnbewegungen haben dagegen so gut wie nichts gekostet, und wenn ihre Ertragsverhältnisse auch für den einzelnen bescheiden sind, so sind die Gesamtziffern doch sehr beträchtlich: in der Woche total rund 200 000 Stunden Arbeitsleistung, im Jahr total rund 12 Millionen Mark Lohn-erhöhung — dies insgesamt also für 184 206 Personen.“

Es wird dazu als ein weiteres, „in hohem Maße beachtliches Moment“ angeführt, „daß die günstigsten Resultate dort erzielt worden sind, wo die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen mit Arbeitgeberverbänden verhandeln konnten. In der Regel kam dann ein Tarifvertrag zu stande, der den Frieden im Gewerbe auf einige Jahre sicherte“.

Daraus folgert der „Hamb. Correspond.“:

„Also es ergibt sich eine friedliche Lohnbewegung, die dem Kampf an Umfang und Erfolg überlegen ist, und die Organisation der Arbeitgeber und der Arbeiter fördert die Verhandlung und den Friedensschluß. Das muß man, diesen Weg ausbauen. Dazu ist verschiedenes nötig. Zum Ersten müssen jene Organisationen gestärkt und in unsere Rechtsordnung eingegliedert werden. Das soll das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, das dem Reichstag angeordnet worden ist.“

In Wahrheit hat, worauf wir schon hingewiesen haben, auf Seite der Arbeiterorganisation stets das Bestreben obgewaltet, durch Verhandlung zu einem friedlichen Ausgange zu kommen. Was das Gesetz, betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, anbetrifft, so soll es sich nach dem Wunsche der reaktionären Parteien — wie wir in unserem Artikel in Nr. 45 dar-

legen — gegen die freie Arbeiterorganisation richten. Wir werden ja wohl bald näheres darüber mitteilen können. Daß ein solches Gesetz nicht die Zustimmung der Arbeiter finden wird, unterliegt keinem Zweifel. Unbedingt aber können wir dem „Hamb. Correspond.“ zustimmen in einigen schließlich geäußerten Wünschen: Ausbau und Vermehrung der Möglichkeiten schiedsgerichtlicher Beilegung von Streiks; Verstärkung der Kompetenzen des Einigungsamts bei den Gewerbergerichten; Errichtung von Interessensvertretungen der Arbeiter; Einführung von Arbeitskammern, — oder, nach unserem Verlangen, Arbeiter- neben Arbeitskammern; Abschluß von Tarifverträgen mit Einlegung von Schlichtungskommissionen. Alle diese Forderungen sind von der Arbeiterorganisation und der Sozialdemokratie längst erhoben; die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sie vor wenig und oft energisch vertreten auf Grund von Initiativanträgen.

Die Lösung der „Frage“ möglicher Verhütung von Streiks wäre also sehr leicht zu erreichen, wenn Regierung und herrschende Parteien, vor allem das Unternehmertum, den guten Willen dazu hätten, ohne von dem Hintergedanken der Vernichtung der selbständigen Arbeiterorganisation geleitet zu sein. Wird dieser Gedanke bestimmend und ausschlaggebend, so wird man nur neue, schwerere und erbittertere Kämpfe heraufbeschwören.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

- Hamburg:**
Hamburg (Sperre über Nienland);
Schleswig-Holstein:
Barmstedt (Sperre über Rathjens, in Hemdingen),
Lauenburg (Sperre über Basedow, Bauten in Geesthacht-Krummel);
Mecklenburg:
Waren (Zimmererstreik), Schwerin (Sperre über Ford, Stange);
Pommern:
Stettin (Sperre über Firma Schilling, Hackenortrasse), Jarmen (gesperrt sind die Unternehmer Heidschmidt und Brandt), Gollnow (Sperre über Koster), Grimmen (Sperre über Krakow), Stralsund (die Unternehmer A. Hasselmann und H. Albrecht sind gesperrt), Ranzin (Streik der Bauarbeiter), Stolp (Sperre über Reese);

Posen:
Wongrowitz (Sperre über Unternehmer Rudolf Zimmermann);

Brandenburg:
Strasburg i. d. U.-M. (Sperre über Döring);

Schlesien:
Trachenberg (Streik), Ohlau (Sperre über Nippert), im Oberschlesischen Industriebezirk (partielle Streiks);

Provinz Sachsen:
Halberstadt (Aussperrung der Maurer u. Zimmerer), Bernsdorf, Unterachsfeld (Sperre über die Kaliwerke);

Königreich Sachsen:
Leipzig (Sperren über die Bahnhofsbauteile des Unternehmers Daniel Martin aus Spillimbergo), Hirschberg a. d. S. (Aussperrung) Netzschan (Sperre über Unternehmer Dänger);

Thüringen:
Gössnitz (Streik), Erfurt (Sperren über Schenk und Wagner), Götburg (Differenzen), Eisenach (Sperre über Wagner);

Baden-Pfalz:
Mandelheim (Sperre über die chemische Fabrik), Pforzheim, Karlsruhe (Streiks der Fliesenleger);

Hessen:
Idstein, Lampertheim (Streiks);

Rheinprovinz und Westfalen:
Düsseldorf (Sperre über den Mühlenneubau, Unternehmern Schmidt und Altona & Schrader), Bielefeld (Sperre über Graul), M.-Gladbach (Sperre über Bongarts);

Hannover und Oldenburg:
Vissehlöhde (Sperre über die Unternehmer Cohrs und Köster), Loxstedt (Sperre über Bank), Burgdorf (Sperre über Allerding), Harburg (Sperre über Frien), Bramsche (Differenzen).

Zug von tüchtigen Verbandskollegen nach Sagen i. W. ist erwünscht. Zu melden bei J. Wilsch im „Volkshaus“, Bechringhauserstr. 39, 1. Et.

Der Streik der Plattenleger im Bezirk **Karlstraße** dürfte nun doch bald zu einem für die Gesellen günstigen Ende kommen. Die Unternehmer haben das Einigungsamt angerufen. Die nun wohl folgenden Verhandlungen werden jedenfalls einen Abschluß bringen.

Die Sperre über das Baugeschäft Türl in Ludwigshafen konnte beendet werden. Wie erinnert, war es Türl, der sich mit größter Gelassenheit über die vereinbarten Lohnbedingungen hinwegsetzte und die Kollegen, die dagegen opponierten, aufs Pfahle setzte. Eine am 6. Dezember stattgefundene gemeinsame Sitzung hat dann endlich den Frieden herbeigeführt; hoffentlich geht er nicht bald wieder in die Brüche.

Ueber den Mühlenneubau der Unternehmer Schmidt und Altona & Schrader in Düsseldorf wurde die Sperre verhängt. Der Neubau liegt 25 Minuten über die Stadtgrenze hinaus; da keine Fahrgelegenheit vorhanden ist, so verlangten die Kollegen eine Stunde Laufzeit bezahlt, worauf sich die Unternehmer jedoch nicht einließen, sondern den Vorstoß machten, die Leute mit einer Fährre überzusetzen. Das wurde unterliegend wegen der großen Gefahr und der unbefriedigenden Bitterung abgelehnt. In Betrach kommen 45 Kollegen.

Von **Gramsche** erhielten wir die telegraphische Mitteilung, daß die Kollegen wegen Maßregelung die Arbeit niedergelegt haben. Ueber die Art der Maßregelung, wie über den Umfang der Arbeitsniederlegung ist bisher nichts Näheres bekannt. Zugug ist fernzuhalten.

Gau Hamburg. In Bornhöved hatten die Kollegen den Unternehmern Forderungen unterbreitet, wonach der Lohn im nächsten Jahre 45 % pro Stunde betragen sollte. Außerdem wurde ein Aufschlag für Lebenskosten und für Dienstreise gefordert. Weiter sollte der Lohn für Überlandarbeit geregelt werden, und endlich forderten die Kollegen anständige Wohnbauten und Aborte, die den städtischen und sanitären Anforderungen entsprechen, sowie bessere Gerichte und Schutzmaßnahmen zur Sicherung von Leben und Gesundheit der am Bau beschäftigten Arbeiter. Die Arbeitgeber haben bewilligt: 1. Vom 1. März 1906 ab den geforderten Stundenlohn zu zahlen. 2. Die Lebenskosten mit einem Lohnaufschlag von 5 % pro Stunde zu bezahlen. 3. Für Dienstreise pro Stunde 10 % Aufschlag zu bezahlen. 4. Den Forderungen betreffend die Wohnbauten, Aborte und Gerichte der Gerichte ebenfalls zu entsprechen.

Die Arbeitgeber lehnten es aber ab, für Überlandarbeit einen Lohnaufschlag zu zahlen, auch wollten sich die Herren nicht darauf einlassen, den Lohn am Wochenlohn auf der Baustelle auszugleichen. Unsere Kollegen haben dann leider die beiden Forderungen fallen lassen, was namentlich bei der letzteren sehr bedauerlich ist.

In **Stolp i. P.** haben am 9. Dezember bei dem Unternehmer **Reese** sämtliche Mitglieder die Arbeit eingestellt. Reese, der erst in diesem Herbst Unternehmer geworden war, glaubt den Arbeitsvertrag, der im Laufe dieses Sommers mit den Unternehmern abgeschlossen ist, nicht halten zu brauchen, sondern verlangt, daß die Maurer nach seinem Gutdünken arbeiten sollen. So mußte auf einem Durchbau immer bis 12 Uhr Nachts gearbeitet werden. Als die Kollegen vorstellten, meinte er, „was geht mich der Vertrag an, ich bestimme selbst“, trotzdem er den Vertrag unterschrieben hat. Um nun Reese verständlich zu machen, daß der Vertrag auch für ihn da ist, haben alle Kollegen die Arbeit eingestellt. Da Reese bringen Arbeiter hat, wird er es bald gewahr werden, daß er auch mit der Organisation zu rechnen hat und nicht allein in der Welt ist.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Krankenerkrankung. Laut § 22 des Statuts wird Krankenerkrankung nur während der Monate März bis inkl. November gewährt. Es darf daher nach dem 30. November dieses Jahres bis zum 1. März des nächsten Jahres Krankenerkrankung nicht gezahlt werden.

„Kultur und Arbeit“. Die zweite Auflage des Buchs „Kultur und Arbeit“ ist fertiggestellt und gelangt in den nächsten Tagen zur Verfertigung.

Wir erwarten von den Zweigvereinen weitere Bestellungen.

Reisenerkrankung darf nur an solche Mitglieder ausgezahlt werden, die sich durch eine vom Verbandsvorstand ausgestellte Legitimationskarte in Verbindung mit ihrem Mitgliedsbuch legitimieren können.

Die diesjährige Legitimationskarte ist braun. Karte und Verbandsbuch müssen dieselbe Nummer tragen.

Die Namen der Unterzeichnungszähler und die Zeit der Auszahlung ist auf den Herbergen bekannt zu geben. Die Auszahlung selbst soll entweder auf der Herberge oder in möglicher Nähe derselben erfolgen.

Neuwahl der Zweigvereinsvorstände. § 5a des Statuts bestimmt über die Neuwahlen der Zweigvereinsvorstände, daß sie alljährlich, nachdem für das 4. Quartal abgerechnet ist, stattzufinden haben, aber spätestens bis zum 1. März erfolgt sein müssen.

Wir erlauben, die Neuwahlen baldmöglichst zu veranlassen und die Wahlprotokolle einzulegen.

Sollte in den in letzter Zeit gegründeten Zweigvereinen eine Neuwahl nicht für zweckdienlich gehalten werden, dann muß trotzdem das Wahlprotokoll ausgefüllt und eingeleitet werden, weil es zur Anfertigung eines neuen Zweigvereins- und Abrechnungsverzeichnisses gebraucht wird.

Vorschläge zu Vertrauensleuten für die Einzelmitglieder in Sachsen. Für Orte in Sachsen, wo keine Zweigvereine, sondern nur Einzelmitglieder bestehen, werden wir auch für 1905 Vertrauensleute ernennen. Die jetzt bevollmächtigten Vertrauensleute werden ersucht, baldmöglichst eine Versammlung der Einzelmitglieder einzuberufen, wo Kollegen bestimmt werden, die uns in Vorrichtung gebracht werden sollen. Sobald das geschehen ist, werden wir einen Kollegen zum Vertrauensmann ernennen und ihn mit einer Vollmacht ausstatten.

Grundstein-Einbände und Einbanddecken. Der Verbandsvorstand wird, wie in früheren Jahren, auch für den 18. Jahrgang des „Grundstein“ circa 100 Exemplare einbinden lassen und zum Selbstkostenpreis abgeben. Ebenfalls werden auf Wunsch Einbanddecken angefertigt und an die Mitglieder abgegeben. Der Preis der Einbanddecken wird sich auf M. 1 belaufen, der des fertigen Einbandes auf M. 2. Den Einbanddecken wird ein Inhaltsverzeichnis beigegeben, im übrigen wird auch das Inhaltsverzeichnis nur auf Bestellung versandt.

Vom 17. Jahrgang (1904) sind noch mehrere Einbände vorrätig. Preis incl. Versandkosten M. 3.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Will den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überlegen:

- das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitglieds und
- die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen sind in der Zeit vom 3. bis 9. Dezember für folgende Mitglieder erteilt worden:

Gottlieb Winterfeldt-Berlin, Verbands-Nr. 991; Richard Opiß-Dresden, 18 780; Friedr. Wolf-Schwerin, 100 338; Fritz Andros-Berlin, 6982; Otto Wilsch-Berlin, 6857; Oskar Bartels-Erfurt (Frau), 67 111; Rudolf Wilmers-Brandenburg, 101 554; Jacob Schmidt-Eutin, 46 987; Karl Gollmann-Berlin, 10 966; Friedr. Albert-Berlin, 109 633; Joh. Schaffer-Braunsberg (Frau), 110 156; Wlth. Kahlbau-Rathenow (Frau), 98 014; Albert Neufeld-Buchow a. d. L. (Frau), 85 831; Friedr. Schmidt-Barmer-Elberfeld, 51 776; Friedr. Anders-Bismarck, 94 004; Karl Hoppe-Mühlendeb a. R. (Frau), 87 778.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Rieber, Hamburg 7, Weyenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 5. bis 11. Dezember sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Mahn und Umgang M. 800, Viefelsb u. Umgang 800, Bernau 500, Herne-Medlinghausen 400, Reiz 200, Dessau 187, Gernersdorf 180, Remberg 108 81, Schwerin 100, Fienburg 100, Deutsch-Gylau 98 50, Pöbba 70, Orlberg 63 33, Gollf u. Umg. 2400, Altenburg 800, Hildesheim 392 50, Bittau 800, Wilschheim-Oberhausen 300, Waldenburg 200, Färchenwalde 400, Gollf 100, Gollf 100, Wilschhausen 100, Gnoien 98 50, Hildesheim 80, Dresden u. Umg. 10 000, Wittingen 18, Bremen u. Umg. 4000, Potsdam 1000, Münster i. W. 748 50, Bromberg 500, Wilschheim 200, Nohmen 157 66, Brandis 100, Göttingen 52, Kofla a. Harz 27 84, Tangig u. Umg. 1500, Frankfurt a. d. O. 580, Mitz 820, Bernsdorf i. b. S. 118 40, Sagenow 80, Sotrup 9 25, Loborn 6, Martrandsfeld 210, Döberan 8 14, Sebnitz 198 34, Bismarck 321 10, Wilschhausen 2 64, Lohr i. Baden 53 96, Heideberg 8 39, Hamburg u. Umg. 2349 18, Wilschhausen 1600, Elm 500, Mühlitz 129 87, Warts i. Pom. 90, Bergedorf 66 57, Gnoien 6, Döberan 3, Wilschhausen u. Umg. 1600, Bismarck 500, Frankfurt i. b. S. 400, Gnoien 400, Wilschhausen 150, Wilschhausen 100, Gnoien 61 50.

b) Für Raten.

Augsburg (28. 10.) M. 20, Essen a. d. R. (14. 10.) 50, Nussbau 15, Herne-Medlinghausen 25, Dessau 10, Waldenburg 25, Münster i. W. 50, Hamburg u. Umgang 50, Mühlitz 6, Döberan 12 50.

c) Für Futterale.

Herne-Medlinghausen M. 10, Schleiz 3, Bromberg 5, Göttingen 2, Bergedorf 1.

d) Für „Arbeit und Kultur“.

Herne-Medlinghausen M. 48, Dessau 22 50, Wilschhausen 7 50, Schleiz 3, Hildesheim 7 50, Bittau 22 50, Bromberg 7 50, Schwerin 24 50, Wilschhausen 70 50, Bismarck 9, Deutsch-Gylau, Martrandsfeld, Bismarck, Wilschhausen, Gnoien, Münster i. W., Wilschhausen, Göttingen, Kofla a. Harz, Fienburg, Bernsdorf i. b. S., Wilschhausen, Bergedorf und Wilschhausen 1 50.

Verichtigung.

Statt der in Nr. 49 unter Stenbal für die Hauptkasse quittierten M. 192 40 muß richtig heißen: M. 192 70 und statt der in Nr. 48 für das Buch „Arbeit und Kultur“ unter Rieberin quittierten M. 1 50 muß es richtig heißen: Sagenow M. 1 50.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die bisher Mitteilung gemacht haben.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen S. Herzog-Büdel, (Verbands-Nr. 156 738), Herm. Bernecker-Schmidt (159 576), Carl Schmidt-Herne (129 500), Andreas Weinreich-Göll (60 747), Joh. Wilsch-Göll (60 497), Herm. Behrend-Göll (224 046), Konstantin-Jungfer-Rattowitz (294 040), Gustav Wilsch-Berlin (316 539), Gottl. Pascha-Berlin 280 988, Steph. Gnoien-Berlin (197 496), Paul Wilsch-Berlin (257 685), Friedr. Wilsch-Hamburg (29 447), Theophil Wilsch-Berlin 224 940, Joh. Sauter-Darmstadt (247 253), Herm. Wilsch-Berlin (175 406), Paul Wilsch-Herndorf a. S. (298 844), Wilsch-Berlin (182 486), Franz Jamer-Greiz 167 445, Herm. Hartmann-Braunswieg (18 489), Wilsch-Berlin (212 188), Frdr. Odenauer-Born (328 277), Joh. Wilsch-Hamburg (200 027), Gust. Götting-Gnoien (112 837), Emil Götting-Gnoien 112 277, Wilsch, Zege-Wilsch (149 675), Franz Brandis-Berlin (581 115), Aug. Feuchter-Berlin (79 585), Wilsch, Wilsch-Berlin (228 046).

Ausgeschliffen sind auf Grund § 87b des Statuts vom Zweigverein Waldenburg: Paul Feibe (Verbands-Nr. 261 882); Holzberg: Heinrich Hof (188 719), Fritz

Martens (54 965); Hinterssee: Robert Lademann (78 373), Ernst Großmann (78 421); Preis: Theodor Samewiler (95 832).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Um Angabe seiner Adresse ersucht der Zweigverein Schmalkalden den Kollegen Karl Hemmlich aus Wartolzhausen (Verb. Nr. 111 075).

Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem Vorstände des Zweigvereins Schmalkalden Mitteilung zu machen.

Gerichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbefchlüsse und sonstige Vorkommnisse findet man fortan in der Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Forderungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Berlin. (Sektion der Püher.) In der am 8. Dezember d. J. stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde, nachdem verschiedene Vereinsangelegenheiten erledigt waren, nochmals über das Pühmerstystem diskutiert. Da trotz der guten Konjunktur noch immer eine große Anzahl Verbandskollegen bei Pühmeistern und unorganisierten Oberleitern arbeiten, werden die betreffenden Kollegen nochmals auf das Unzulässige dieses Verhaltens aufmerksam gemacht. Die bisherige Bautenkontrolle hat ergeben, daß Kollegen auswärtiger Zweigvereine, die sich hier mit Püharbeiten beschäftigen, mit Vorliebe bei Pühmeistern arbeiten. Allen denen, die heute noch bei Pühmeistern arbeiten, wird die moralische Pflicht auferlegt, in allerhöchster Zeit mit diesem Pühmerstystem zu brechen und nur bei Verbandskollegen zu arbeiten, damit es nicht geschehen kann, daß wir bei einer schlechten Konjunktur auf die Pühmeister angewiesen sind. Sollten die betreffenden Kollegen diesem nicht nachkommen, so müssen wir später darüber beraten, ob wir nicht lieber auf solche Verbandsmittel verzichten wollen. Dann wurde ein Urteil des Berliner Gewerbegerichts verlesen. Die betreffenden Püher hatten die innere Püharbeit eines Neubaus für einen Einzelpreis pro Quadratmeter übernommen, nämlich die Anzahl der Zimmer, in denen Route gepußt werden sollten, auf zwei pro Etage angegeben, wofür pro laufenden Meter eine Entschädigung gezahlt werden sollte. Nach Beginn der Arbeit wurden den Pühern mitgeteilt, daß in verschiedenen Hinterzimmern ein Pübel von 1,50 m Höhe gepußt bleiben mußte, daß also diese Flächen auch nicht mitbezahlt würden. Ferner sollten nicht nur zwei Zimmer pro Etage mit Route versehen werden, sondern neun Zimmer. Die Püher glaubten sich hierdurch geschädigt und den Vertrag von dem Unternehmer gebrochen. Sie verlangten nun eine Erhöhung des Preises. Dies lehnte der Arbeitgeber ab, weshalb die Püher aufhörten. Der Unternehmer mußte nun andere Püher aufstellen und ihnen einen höheren Preis zahlen. Um diese Differenz verlor der Unternehmer die ersten Püher. Das Gericht gab diesem Antrag statt und beurteilte die Püher zum Schadenersatz. Hieraus wurden sämtliche Kollegen, die Arbeit annehmen, darauf hingewiesen, bei Abschließung der Verträge vorsichtiger zu sein und auch eine gewisse Preisdrückerei zu unterlassen.

Zu Dienstag, den 6. Dezember, hatte der Zweigverein eine Baudeputiertenversammlung nach dem Gewerkschaftshaus einberufen. Mehr als 400 Deputierte waren dem Rufe gefolgt. Der Vorsitzende, Kollege Möns, referierte über die Aufgaben der Baudeputierten. Es wird diesen zur Pflicht gemacht, alle Kollegen, die im Sommer oder vorübergehend in Berlin arbeiten, den Bestrebungen der Arbeiterkassette zuzuführen, um den Gedanken der Solidarität auch in die entferntesten Gegenden zu tragen. Vielfach handelt es sich bei den Zugeliebten um junge Leute, die zwar den hohen Löhnen in Berlin nachgehen, aber nicht begriffen haben, daß nur die starke Organisation der Berliner Arbeiter solche Löhne zu erringen vermöge, und daß die Beteiligung aller an der Organisation sie auch nur zu erhalten vermag. Es wird nun den Deputierten in vielen Fällen durch das Entgegenstehen der Pöhre unmöglich gemacht, in dieser Hinsicht ihre Pflicht zu erfüllen. Das beweisen die fortgesetzten Mahnungen. Viele Deputierte erheben auch in sanitärer Hinsicht schwere Anklagen gegen eine Anzahl Pöhre, die nicht im Interesse des Unternehmers, sondern in ihrem eigenen Interesse versuchen, eine Pühantwärtigkeit einzuführen. Beweis dafür angreifen, sind die Pöhre täglich im Stande. Auf großen Bauten haben die Pöhre stets gegen das minderwertige Verarbeiten, das fast immer gegen den Willen der Beschäftigten eingeführt wird, anzukämpfen. Bei gutem Beschäftigung und größerem Umfang der Baustelle ist der Pühantwärtigkeit, bei dem an dem Raste 75 bis 81 verdient werden, für eine Person ein einträgliches Geschäft. Auf einer Baustelle in der Dresdenerstraße wurde durch den Pöhre der Ofen aus dem Grunde verweigert, weil das Holz zum Verbrennen zu schade sei. Am nächsten Tage wurden mehrere Handwagen voll weggeführt, wofür, wie man nicht, nach Rücksprache mit dem Unternehmer durch einen Bautenkontrolleur wurde sofort ein Ofen gestellt, der täglich geheizt wird. Ein Kollege kritisierte die Zustände eines Klosets auf einem Bau im Innern der Stadt (Lonnenauffüllung). Die Lonnenn waren seit längerer Zeit überfüllt. Der Pöhre wurde wiederholt, zuletzt durch den Reviervorstand, aufgefordert, sofort den Mischand zu beseitigen zu lassen. Mit lebensgefährlicher Entrüstung wurde von den aufstrebenden Pöhren eine große Anzahl von Mischänden kritisiert, die, wenn nicht abgestellt, der Öffentlichkeit näher bekannt gegeben werden sollen. Mehrere Kollegen kritisierten die Haltung der Pöhren, die die Verhinderung

der Arbeitszeit durch den Vertrag nicht anerkennen und vielfach dem Pöhre Veranlassung geben, den Vertrag zu umgehen. Der Vorstand fordert die Deputierten auf, vom 1. Dezember ab strotze die siebenstündige Arbeitszeit innezuhalten, ganz gleich, ob viel oder wenig Pöhren vertreten sind. Mehrere Redner betonten, daß sie unter allen Umständen an der Verhinderung der Arbeitszeit festhalten werden, gleichviel, welche Erklärung der Unternehmer resp. der Pöhre dazu einnimmt. Außerdem beschloß die Versammlung, der schärfsten Behandlung und den Kladeren der Pöhre, die man als Parasiten im Berliner Baubetrieb bezeichnet muß, mit aller Schärfe entgegenzutreten.

Die Gruppe der Pöhre hielt am 6. Dezember ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Referent, Genosse Schmidt, hielt einen Vortrag über: „Kämpfe und Erfahrungen“. Redner schilderte in allgemein verständlicher Weise die Entwicklung der russischen Revolution. In „Verschiedenes“ machte der Kollege Müller auf die Freilassung, den 8. Dezember, stattfindende Versammlung der Pöhre aufmerksam und forderte besonders die Pöhreträger auf, an dieser Versammlung teilzunehmen. Ferner begründete der Kollege Lemm folgenden Antrag: „Die nächste Generalversammlung der Sektion der Pöhre und Zementbranche möge beschließen, daß die Pöhrearbeit in allen Gruppen der Sektion bei eventueller Ausschließung aus der Organisation verboten ist. Alle Beschäftigten der einzelnen Gruppen betreffend der Pöhrearbeit sind hiermit aufgeboten.“ Kollege Lemm meinte, der Antrag sei deshalb notwendig, weil verschiedene unserer Kollegen immer noch im Pöhre arbeiten, und in der Gruppe der Pöhre der Beschäftigte bestünde, daß sie bei Pöhrearbeit und Stützpunktfirmen im Pöhre arbeiten können, da bei den Stützpunktfirmen die Pöhrearbeit vorherrschend ist. Mit diesem System müsse bei uns in der Organisation gebrochen werden. Nach einigen kleinen geschäftlichen Mitteilungen durch Kollegen Müller erfolgte Schluß der Versammlung.

Wien. Am 8. Dezember tagte unsere regelmäßige, sehr gut besuchte Mitgliederversammlung. Nach Erledigung der Kassengeschäfte verhandelte die Versammlung über zwei Kollegen, die sich gegen den § 36 des Statuts vergangen hatten. Kürzlich wurde an den Unternehmer, der in der Wandplattenfabrik die Maurerarbeiten ausführt, die Forderung gestellt, für Reparaturarbeiten bei heißen Ofen den Stundenlohn von 35 auf 45 zu erhöhen und für Ueberstunden und Sonntagsarbeit einen Stundenlohn von 55 zu festsetzen. Diese Forderung wurde auch bewilligt. Die Mitglieder Böß und Martens glaubten aber, soviel Geld nicht nötig zu haben. Sie gingen deshalb zu dem Fabrikbesitzer und erbaten sich, für 35 die Stunde arbeiten zu wollen. Wegen dieser ganz besonders schmutzigen Handlungsweise wurden die beiden Lohnbrüder aus dem Verbande ausgeschlossen. Die hiesige Maurerkassette wird sich diesen Fall aber ganz besonders merken, um zur geeigneten Zeit den beiden Lohnbrüder den Dank dafür abstatten zu können. Ein Mitglied, das mit seinen Beiträgen rückständig war, soll an seine Pflicht erinnert werden. Man sollte eigentlich glauben, daß die Mitglieder unseres Zweigvereins soweit vorgeschritten wären, daß sich jedes Mitglied selber und zur rechten Zeit an seine Beitragspflicht und an seine Pflicht, die Versammlungen zu besuchen, erinnere. Sollen wir werden die säumigen Mitglieder hiervon Rottig nehmen.

Freihahn. Der hiesige Zweigverein hielt am 28. November eine Mitgliederversammlung ab, die ziemlich gut besucht war. Nachdem die Abrechnung vom Kassierer verlesen und von den Revisoren bestätigt worden war, wurde von der Versammlung die Entlassung des Kassierers ausgesprochen. Zur Lohnfrage für nächstes Jahr legte Kollege Möller es den Kollegen klar, daß es notwendig sei, höhere Löhne zu fordern. Es wurde einstimmig beschlossen, für das Jahr 1906 den Stundenlohn von 30 auf 38 zu erhöhen. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde einstimmig beschlossen, in üblicher Weise eine Silberseier zu veranstalten. Dem Kranken Kollegen Wilhelm Böß aus Freihahn wurden 80 aus der Kassette bewilligt. Auch wurden die Kollegen ermächtigt, ihre Beiträge vollständig zu bezahlen, damit wir am Schluß des Jahres keine Schuldner zu verzeichnen haben. Kollege Möller forderte die Kollegen in seinem Schlußwort auf, diesen Winter eifrig zu agitieren, damit wir eine feste und starke Organisation bekommen und unsere Forderung durchführen können. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Pöhre und den der Zimmerer Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen.

Gottesberg. In unserer am 8. Dezember abgehaltenen Mitgliederversammlung, die ziemlich gut besucht war, wurde beschlossen, von jetzt ab nur alle vier Wochen eine Versammlung abzuhalten, weil die Mehrzahl der Kollegen auswärtig wohnt und die größte Zahl bereits in die Winterquartiere abgezogen ist. Vom Vorsitzenden wurde darauf hingewiesen, daß jetzt die Zeit gekommen sei, wo die Unternehmer glauben, mit den Leuten machen zu können, was sie wollen. Ein hiesiger Unternehmer ließ einen Neubau aufführen. Als er zum Richten fertig war, belamen wir einmal ein bißchen Schneegeländer und ein paar Grad Kälte. Schnell wurde nun ein provisorisches Dach auf den Bau gemacht, und die hiesigen Kollegen wurden mitten in der Woche entlassen. Aber wogegen, nur die hiesigen, die Ausländer konnten bis Sonnabend da bleiben. Im Laufe des Jahres ist von demselben Unternehmer schon die Ausrückung getan worden, er wolle im nächsten Jahre überhaupt keine hiesigen Kollegen mehr beschäftigen. Bei diesem Unternehmer ist die Mehrzahl der Kollegen noch nicht organisiert; es ist aber nicht verwunderlich, da die hiesigen hiesigen Kollegen und Pöhre aus Gegenden kommen, wo alles streng katholisch ist. Da wird nun den Kollegen eingepaukt, ja nicht zu den Gottlosen Verbandsmaurern zu gehen. Dann sahen die Herren Unternehmer wieder einmal selbst in die Heimat dieser Kollegen, lassen sie zusammenrufen und einige Kart springen. Nun glauben die Kollegen wunder, was der Herr Unternehmer für ein guter Mann sei. Daß diese Männer aber nur gemacht werden, um die Kollegen bei gutem Mut zu erhalten, um sie hinten nach noch mehr auszubeuten, kommt keinem in den Sinn. Ja, Kollegen, so ist es, und es wird auch nicht anders werden.

den, wenn ihr nicht einmal energisch Hand ans Werk legt. Wir möchten die organisierten Kollegen aus diesen Gegenden auffordern, in den Wintermonaten eifrig zu agitieren, damit wir zum Frühjahr die Kollegen in unseren Verband aufnehmen können; denn es wird unbedingt zum Kampf kommen. Zum Schluß ersuchten wir die Kollegen, ihre Beiträge zu entrichten. Es befinden sich Kollegen darunter, die 13, 14 Wochen und noch länger im Rückstand sind. Will man sie persönlich sprechen, muß man sie in der Kneipe auffuchen, da spielt das Geld keine Rolle; erinnert man sie aber an ihre Verpflichtung dem Verband gegenüber, so haben sie allerhand Ausreden. Ferner möchten wir die Kollegen ersuchen, daß sie, wenn sie vor einem Quartier in ein anderes verziehen, den Wohnungswechsel dem Vorsitzenden oder dem Kassierer melden, damit seine Unterbrechung statfindet in der Zustellung des „Grundstein“ und in der Einziehung der Beiträge durch die Kassastaffler. Die Kassastaffler werden ersucht, die etwas lauen Kollegen ernsthaft an ihre Pflicht zu mahnen. Also auf, Kollegen, zur Agitation, damit unser Zweigverein machse, blühe und gebeihel.

Heidelberg. Am 15. September hatten die Maurer von Heidelberg und Umgebung beschlossen, den zur Zeit noch bestehenden Streik zu vertagen. Nachdem bereits 23 Unternehmern die Forderung der Maurer anerkannt hatte, hielt man es für praktisch, den Kampf für dieses Jahr abzugeben und ihn im Frühjahr mit einer neuen Forderung wieder zu beginnen. Auch wurde zu gleicher Zeit beschlossen, den wöchentlichen Beitrag um 10 zu erhöhen, um die Kollegen im nächstjährigen Kampfe besser zu unterstützen. Das hat aber den Herren vom Arbeitgeberverband nicht gefallen. Sofort beschlossen sie, 40 pro Stunde (das war die Forderung) zu bezahlen, aber nur für die Maurerstreiker, die den ganzen Sommer über als Streikbrecher bei ihnen gearbeitet hatten. Auch wurde eine dritte schwache Bitte angefertigt, nämlich 42 Maurer, meist Vorstandsmitglieder der Kassette, keine Arbeit erhalten sollen. Dabei ist es aber auch vorgekommen, daß Streikbrecher auf dieser Bitte verzichtet waren, und als der Streik beendet war, ebenfalls auf die Straße gesetzt wurden. Die Maurer trafen nun überall die Vorbereitungen für den Kampf im nächsten Jahre, überall wurde eifrig agitiert, um auch den letzten Mann in den Verband hineinzubringen. Aber plötzlich gab es eine Wendung. Es kam die Nachricht von Frankfurt a. M., es sollte unterhandelt werden. Das war allerdings ein ganz anderer Standpunkt, als ihn die Herren im Frühjahr eingenommen hatten. Jedenfalls hat ihnen der 20. Wochenlang Streik nicht am besten bekommen. Die Unterhandlung fand am 18. November in Frankfurt statt. Aber auch da versuchten die Heidelberger Arbeitgeber, für sich noch etwas herauszuholen; denn es sollten für das nächste Jahr nur 48 pro 1907 47 pro Stunde gezahlt werden. Damit erklärte sich aber die Kommission der Maurer nicht einverstanden. Die Unterhandlung nahm ihr Ende mit dem Beschluß, die beiderseitigen Organisationen sollten nochmals eine Versammlung einberufen; vielleicht würde diese eine Verrückung ihrer Stellungnahme bewirken. Die Maurer beschlossen aber in ihrer Versammlung einstimmig, von der Forderung nicht abzugeben. Am 27. November fand die zweite Unterhandlung in Frankfurt statt. Gleich bei ihrem Beginn erklärte der Vorstand des Heidelberger Arbeiterverbandes, daß die Arbeitgeber von Heidelberg mit der Lohnfrage der Maurer einverstanden seien, und es wurde beschlossen, bis zum 1. März 1908 48 pro 1. März 1907 48 pro 1. März 1908 50 pro Stunde zu zahlen. Es wurde dann noch über verschiedene Bestimmungen beraten, worüber ebenfalls eine Einigung erzielt wurde. Montag, den 4. Dezember, fand im „Goldenen Römer“ eine sehr gut besuchte Maurerverammlung statt, worin der Gauleiter des Zentralverbandes, Kollege Forster aus Mannheim, über die zweite Unterhandlung Bericht erstattete. Nach einer besizigen Diskussion wurde der mit den Arbeitgebern abgeschlossene Vertrag angenommen. Somit wurde auch der Maurerstreik für das nächste Jahr in Heidelberg beendet. Nun ist es aber notwendig, daß wir den Arbeitwilligen den Weg zur Organisation zeigen, der von jetzt an zu geben ist. Es ist deshalb Pflicht eines jeden Kollegen, daß er dafür wirkt, auch den letzten Maurer im Bezirk Heidelberg dem Zentralverbande zuzuführen. Darin wird es vielleicht auch möglich sein, bessere Verhältnisse zum Schutz der Arbeiter zu schaffen. Bisher war das Amt des Bautenkontrolleurs einem Manne, der zur gleichen Zeit noch Hausmeister in der Heidelberger Stadthalle ist, übertragen. Deshalb konnte man auch auf den Wunden sehr wenig Besserung der Schutzverhältnisse, Wunden, Wunden, Wunden finden. Jetzt findet man vielleicht auch einen sachverständigen Mann aus unseren Reihen, der im Stande ist, den Bauarbeiten etwas mehr zu setzen.

Gusum. Dienstag, den 6. Dezember, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Zunächst machte der Vorsitzende bekannt, daß der Schauspielers-Walkotte am 12. Dezember im Gewerkschaftshaus eine Agitationsabend veranstalten wird. Im weiteren wurden die Kollegen aufgefordert, sich am Freitag Abend, 8 Uhr, recht zahlreich bei der Flugblattverteilung zur Stadtverordnetenwahl einzustellen. Die Austrittsstelle in Reichshaus befindet sich in der Dammbarstraße beim Genossen Sierpe. Es wird hier jeden Dienstag und Freitag Abend unentgeltlich Auskunft gegeben in jeder Hinsicht. Hieraus machte der Gewerkschaftsleiter bekannt, daß die Abonnentenzahl der „Schlesien-Holst. Volkszeitung“ 100 überschritten habe, und verlas hierauf sämtliche Briefe und Geldstücke, die Abonnenten dieser Zeitung sind. Sodann wurde durch den Kollegen G. Peters, als Beauftragter der Kommission, die neue Fahne dem Zweigverein Gusum übergeben. Der Genosse Rassen schilderte hierauf in lehrreichen Worten den Wert der Konsumvereine in der modernen Arbeiterbewegung. In „Verschiedenes“ wurde mitgeteilt, daß eine hiesige Baufirma sich weigert, Ueberstunden zu bezahlen, trotzdem sie nach dem abgeschlossenen Tarif dazu verpflichtet ist. Die Lohnkommission wurde beauftragt, sich an den Arbeitgeberverband zu wenden, damit dieser an die betreffende Firma herantritt und ihr sagt, daß der Tarifbruch nicht von unserer Seite, sondern von ihrer Seite ausgeht. Auch hatte diese Firma einigen Kollegen bei der letzten Lohnzahlung nur 42 pro 1. statt 45 pro, ausbezahlt. Mit einem

Firma Körner, Schüsselbamm, auf das Gipsplaster herab. Während der ersten noch lebt, ist der letztere seinen Verletzungen bereits erlegen. Wer ist nun schuld an der Vernichtung dieser beiden blühenden Menschenleben? Kein anderer als das Schiem, das in dieser Firma vorherrschend ist und sich in dem Unternehmen und seinem Vorgesetzten äußert. Das Schiem des Vorgesetzten, ob das Gerüst noch nicht bald fertig ist; der Ruf des Unternehmers: „Die Arbeit genügt mir nicht!“ macht alles erklärlich. Entgegen der allgemeinen Vorsicht, kein Gipsgerüst, entgegen der Vorsicht, keine einzige Schraube in den Reihplanen. Statt das Gerüst vollständig um die Erde herum zu bauen, stellt man einen Aufrichter weniger auf und macht dadurch die Erde schräg. Die Hauptschuld an dem Unglück dürfte die Überlastung des schwach und schlecht gebauten Gerüsts sein. Die Kollegen, die mit dem Abputzen eines Giebelbaldes beschäftigt waren, hatten gerade tiefer gestrichelt und auf die Stelle, wo der Kiesel lag einen von den nur bei dieser Firma üblichen großen vieredigen Kalksteinen gestellt, der auch sofort von den Arbeitern vollgetragen wurde. Das Gewicht, das dadurch herbeigetragen wurde, dürfte auf dieser einen Stelle 8-8 Zentner betragen haben. Als die beiden Kollegen sich nun nach auf diese Stelle begaben, brach der auf der Erde gelegene Kiesel und die Kollegen stürzten aus schwebelnder Höhe auf das Gipsplaster. Was nun durch den Sturz an ihnen noch nicht gebrochen war, das besorgte der Kalkstein, der mit fürchterlicher Wucht auf die unten liegenden Kollegen hinabfiel. Von der hiesigen Presse wird nun bereits versucht, diesen Unternehmer sowie den Vorgesetzten als schuldlos hinzustellen, indem sie erzählt, die Kollegen hätten mit dem Kalkstein auf einem Brett gestanden, dies wäre dann gebrochen, und die Kollegen seien durch eigene Schuld abgestürzt; sie fügen dann bedächtig hinzu, daß die Bauleitung anscheinend keine Schuld trifft. Sie sind sich doch alle gleich! Wenn es sich darum handelt, daß ein Arbeiterleben vernichtet ist, gilt es für diese Meute, den Geldsack zu schütten, der durch eine wachstumsfähige Kritik eine Einbuße erleiden könnte.

Hamburg. Bei einem vierstöckigen Neubau in der Wendestraße zwischen 22-26 fürzte Dienstag, den 5. Dezember, Nachmittags gegen 4 Uhr, eine über 2 m hohe Mauer ein, die an der Hinterfront für einen Kellerräumlichkeiten schaffen soll. Vier Arbeiter wurden verschüttet. Der Maurermeister Johann Burmeister erlitt dabei außer einer Kopfverletzung einen Fußbruch, einem 10jährigen Lehrling wurden beide Beine gebrochen, der Maurer Trost wurde einen Beinbruch davon, der Maurermeistermann Siegmund einen Beinbruch und eine schwere Fingerquetschung. Ein Arbeiter kam mit Gehalbschürfen davon. Die vier Schwerverletzten brachte man ins Eppendorfer Krankenhaus. Die Mauer, die nur einen Stein stark ist, soll durch Bände und Steine beschwert gewesen sein. Die Arbeit an dem Bau wurde sofort stillgesetzt. Die Feuerwehrgesellschaft 4 und 1 rüdten zur Hilfeleistung an, die Sanitätsmannschaft mit Krankentransportwagen. Auch mehrere Ärzte erschienen auf der Unfallstelle und verbanden die verunglückten Arbeiter. Zu dem Unfall wird uns noch berichtet: Der Bau wird von einem Bauunternehmer A. Brümmer ausgeführt und ist bereits pufferfertig. An der Hinterfront befindet sich, um besser Licht und Luft für den Keller zu schaffen, eine Kellermatte, die eine Breite von 2 m und eine Länge von ca. 10 m hat. Die Mauer dieser Kellermatte ist schon im August dieses Jahres einen Stein stark mit gutem Zement gemauert worden. Um nun die Hinterfront bis auf Fußbodenhöhe herunterputzen zu können, waren einige Arbeiter damit beschäftigt, den in der Kellermatte befindlichen Sand herauszutragen. Diesen Sand schütteten die Arbeiter direkt hinter der langen Kellermattenmauer auf den Hof, dessen Terrain höher war, als die Oberante der Mauer. Hierbei wurde nicht darauf geachtet, daß der Sand zwischen Mauer und Erdreich rutschte und wurde dadurch die Mauer nach innen geschoben. Dies war um so leichter möglich, da der Sand gerade in die Mitte der Mauer geworfen wurde, wo diese am wenigsten Widerstandsfähigkeit hatte. Zu bewundern ist allerdings, daß die Mauer so plötzlich umgefallen ist, ohne daß einer von den in der Kellermatte arbeitenden Arbeitern etwas gemerkt hätte. Ueber das verwendete Material läßt sich nichts sagen. Der Unfall hätte dadurch vermieden werden können, daß die Mauer in der Mitte mit einer Stiege nach der Hinterfront versehen worden wäre.

Minen i. B. Am 8. Dezember fürzte in einem Neubau ein Stützmittelband, das hoch mit dem übrigen Mauerwerk zusammen aufgeführt war, zusammen, durchschlag die mit Einfuß belegte zweite Balkenlage und das Kellergewölbe. Hierbei kam glücklicherweise niemand zu Schaden.

* Der Kotsford. Der Polizeipräsident von Berlin erläßt folgende Warnung:

Schon früher ist auf die erheblichen Nachteile und Gefahren hingewiesen worden, welche durch die Benutzung von Kotsforden zum Zwecke der rascheren Ausströmung von Neubauten für die Gesundheit der Bauarbeiter herbeigeführt werden.

Während der Winterzeit pflegen solche Kotsforden auch vielfach zum Auftauen eingetretener Wasserleitungen und Abflußröhren, sowie bei sonstigen Arbeiten benutzt zu werden.

Es sind dabei mehrfach Unglücksfälle (Verwundungen), ja selbst Todesfälle vorgekommen, die auf die den Kotsforden entziehenden giftigen Gase zurückzuführen sind.

Das beteiligte Publikum mache sich deshalb auf die gesundheitlichen Gefahren der Verwendung von brennenden Kotsforden bei einem Auftauen von Röhren oder bei sonstigen Arbeiten warndem aufmerksam.

Berlin, den 24. November 1905.

Der Polizei-Präsident. (gez.) v. Borries.

Ein billiges Vergnügen!

* Wo und was gebaut wird. In Westerland auf Sylt ist der Bau einer Warmbadeanstalt beschlossen. — In Dresden will der Direktorendirektor Wulf aus Düsseldorf ein modernes Bürogebäude errichten. — In Schütt (Prov. Posen) soll im nächsten Jahre ein Schlachthaus gebaut werden. — Die Stadt Posen läßt in vier Stadtteilen Kotsbäder errichten. Für alle vier Bäder sind 180 000

vorgesehen; man wird also sehr sparsam damit umgehen müssen. Für das jetzt im Bau begriffene Kotsbädchen standen reichlichere Mittel zur Verfügung. Auch bei dem Dienstgebäude für die künftige Anstaltungskommission wurde nicht so getündelt. Freilich handelte es sich in beiden Fällen um die Festigung des Deutschtums gegenüber den Polen, während es sich bei den Kotsbädern ja nur um die Bekämpfung der Kaufkraft und der Kräfte handelt. — In Gletow sollen im nächsten Jahre drei neue Schulhäuser und eine Turnhalle errichtet werden. Zur Verfügung stehen 880 000. — Die Stadt Gletow will eine Stadthalle erbauen lassen. Die Kosten sind auf 810 000 veranschlagt. — Der Bahnhof in Gletow wird vollständig umgebaut werden, die Kosten werden 2 Millionen Mark ausmachen. — In Laubach in Gletow wird im nächsten Frühjahr mit dem Neubau eines Amtsgerichts begonnen werden. — Frankfurt a. M. läßt ein Lehrerinnen-Seminar errichten. — In Wald (Mhl.) wird im nächsten Frühjahr ein städtisches Krankenhaus gebaut werden. Im selben Orte wird eine Holzwarenfabrik geplant. — In Dortmund soll in der Kieselstraße eine neue Volkshalle errichtet werden. — In Elberfeld ein Alterspflanzheim; hierfür sollen 265 000 verausgabt werden. — Die sogenannte Hofkönigsburg soll mit Aufwendung von 200 000 restauriert werden. — In Aßeln (Kreis Dortmund) läßt die Gese „Hofstein“ zehn Familienwohnhäuser errichten. — Auch in Darmstadt geht der Plan, ein Kometorium (Gebäude für Feuerbestattung) zu bauen, seiner Verwirklichung entgegen. — In Raumburg a. d. E. wird eine elektrische Zentrale errichtet werden. — Kasernenbauten sind noch vorgesehen für Wandersberg, Hannover, Soltau und Straßburg i. El. — Garnisonlazarete für Quedlinburg und Wiesbaden.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeitervertretung.

* Die „guten Sitten“ der Unternehmer vor Gericht. Es gehört bekanntlich zu den „guten Sitten“ der Unternehmer, die Arbeiter, die sich durch irgendwelche Umstände nichtig gemacht haben, von der Beschäftigung auszuscheiden, zu makeln. Wenn sie die Macht dazu hätten, würden sie jedem, der sich vor ihnen nicht in tüchtigster Vergütung im Staube herumwälzt, die Erlangung von Arbeit unmöglich machen. Diese Macht haben sie nun glücklicherweise nicht, wohl aber bringen sie es noch häufig genug fertig, an einzelnen, ihnen besonders unympathischen Arbeitern ihre terroristischen Mächte zu fühlen. Ungeahnte Fälle wären zu erwähnen, wo die also verfolgten Arbeiter Haus und Hof verlassen mußten, weil ihnen die Erlangung jeglicher Arbeit völlig unmöglich gemacht war. Daß solche Praxis gegen die „guten Sitten“ verstößt, und daß darum die betreffenden Unternehmer für den Schaden, der dem Arbeiter aus der Maßregelung erwächst, ersatzpflichtig zu machen sind, haben die Organe der Arbeiter immer betont. Manchmal hat sich auch ein Gericht auf diesen Standpunkt gestellt und die Schuldigen zur Zahlung einer Entschädigung verurteilt; des öfteren haben aber auch andere Gerichte einen gegenteiligen Standpunkt eingenommen.

Das Schöffengericht Hamburg hat kürzlich eine dießbezügliche Entscheidung getroffen, die immerhin der Erwähnung wert ist. Dem Maurer E. war von einer Firma Arbeit zugelegt worden. Diese erhielt er aber nicht, weil ihm von dem „Arbeitsnachweis“ der Unternehmer der übliche Schein verweigert worden war. E. klagte deshalb eine Schadenerschuld an, und das Gericht verurteilte den Beamten des „Arbeitsnachweises“, an den Kläger 24,30 Entschädigung nebst Zinsen zu zahlen. Die Entschädigungsgründe des Gerichts geben sehr ausführlich auf die Sache ein. Die Klage stützte sich auf die §§ 823 und 826. Das Gericht erachtete sie jedoch auf § 823 nicht begründet und traf darum seine Entscheidung lediglich nach § 826. Es lautet: „Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem anderen vorsätzlich Schaden zufügt, ist dem anderen zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Da der Nachweis des Schadens erwacht, resp. der behauptete Schaden nicht angezweifelt war, so beschränkte sich das Gericht auf die Prüfung der Frage, ob in dem vorliegenden Fall die guten Sitten verletzt seien. In den Entscheidungsgründen heißt es darüber:

„Nach der Substanz des Reichsgerichts verstoßen alle diejenigen Handlungen gegen die guten Sitten, die dem Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden widersprechen; hierbei sei die Rücksichtnahme auf Anschauungen gewisser Volkstheile nicht ausgeschlossen. Dieser Definition kann selbst unter Berücksichtigung der Beschränkung des Schadens nicht vollstommen beigetreten werden, weil auch das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden nicht auf den gleichen Ergebnissen zu führen braucht. Sittlichkeit ist die Summe berechtigter Instinktsentworfungen und Instinktsüberwindungen, die zur Erhaltung der Art erforderlich sind. Der Schutz dieser Sittlichkeit ist nur insoweit Aufgabe der Rechtspflege, als sich diese sittlichen Bedürfnisse entweder zu Gesetzen kristallisiert haben oder insoweit deren Befolgung so wichtig ist, daß ihre Nichtbefolgung die Kontinuität der Entwicklung auf den Grundlagen des Zusammenlebens in Staatsform oder die Grundlagen dieser Staatsform gefährdet. Hieraus folgt, wie auch die Geschichte lehrt, daß die ethischen Prinzipien nicht nur infolge verschiedener Lebensbedingungen örtlich verschiedenartig werden, sondern auch verschiedene Klassen unterschiedliche moralische Grundsätze bilden.“

Dazu kommt, daß auch die Sittlichkeit, wie alles Bestehende, dem Gesetze der Evolution unterliegt. Diese Entwicklung geschieht nicht sprunghaft, sondern allmählich und im steten Kampfe mit den jeweiligen Widerständen, so daß von der Allgemeinheit zunächst als legerlich angesehene Grundsätze zur Herrschaft gelangen, um ihrerseits wieder von anderen Anschauungen unterdrückt zu werden.

In Betracht zu ziehen ist ferner, daß sich die sittliche Wertung nach der Weltanschauung ändern muß, je nachdem die Perspektive vom individualistisch egoistischen oder kollektivistischen altruistischen Standpunkte genommen wird; die

Frage, welche dieser Richtungen kultur- und damit arbeitsfördernder ist, kann bei der Gegenüberstellung oder Gleichwertigkeit ihrer Resultate nicht abgewogen und entschieden werden, sondern muß von jedem einzelnen nach seiner ursprünglichen, von seinem Willen und Denken unabhängigen Beantwortung, nach seinem Temperamente entschieden werden.

Es kann natürlich dem Richter nicht das Recht zugebilligt werden, den Maßstab seines subjektiven sittlichen Empfindens anzulegen und gewissermaßen der Gesellschaft oder einer Klasse ein „neues Sittengesetz“ aufzuerlegen. Es ist lediglich zu prüfen, in welcher Richtung sich das sittliche Empfinden entwickelt; diese Prüfung findet eine Richtung in den gesetzlichen Bestimmungen, namentlich insofern die bestehenden Gesetze abändern und ergänzen, da das Gesetz den Niederschlag dieser sittlichen Entwicklung darstellt.

Exemplifiziert auf den vorliegenden Rechtsfall, d. h. auf die Frage, ob die Ausperrung eines Arbeiters gegen die guten Sitten verstößt, ergibt sich folgendes Resultat: Die Entwidlung der modernen Gesetzgebung (Arbeiterrecht, Warenhaushalt, progressive Einkommensteuer, Bundesgesetzgebung, Gewerbeordnung) schränkt das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte zum Schutze der wirtschaftlich Schwächeren ein. Diesen Anschauungen ist auch das Reichsgericht im wesentlichen gefolgt und hat alle die Handlungen als gegen die guten Sitten verstoßend angesehen, die darauf hingingen, die wirtschaftliche Existenz eines Dritten völlig zu untergraben.

Im Anschluß auf diese Entscheidungen stellt sich auch das entscheidende Gericht auf den Standpunkt, daß Ausperrungen von Arbeitern unter gewissen Umständen als Kampfmittel im Lohnkampfe nicht als verwerflich angesehen werden können. Daß aber eine Ausperrung als ungerecht und unbillig angesehen werden muß, die die Gewinnung von Arbeitsgelegenheit in weitgehender Weise beschränkt, wobei es unerörtert bleiben kann, inwieweit die Einrichtung des Arbeiterverbandes bezüglich seiner Arbeiterereinstellungen gegen §§ 118, 146, 3 der Gewerbeordnung verstößt.

Die Verweigerung des Arbeitscheines hat zur Folge, daß es für den Kläger ausgeschlossen ist, bei irgend einem der diesem Verbands angehörenden Unternehmer Arbeit zu finden. Wenngleich nicht sämtliche oder auch nicht sämtliche größeren Unternehmer diesem Verbands angehören, so wird durch den Ausschluss des Klägers von der Arbeitsgewinnung bei auch nur diesem Teile der Arbeitgeber seine wirtschaftliche Existenz in so erheblichem Maße gestört, daß ein solcher Eingriff in die Erwerbsmöglichkeit mit Rücksicht auf die heute zur Geltung gelangenden Anschauungen unerlaubt ist.“

Soweit die Begründung des Urteils nach der prinzipiellen Seite der Frage. Ihre weiteren Ausführungen beschäftigen sich mit den Einwendungen des Beklagten und bieten kein allgemeines Interesse. Nach dieser Begründung verstößt also die Praxis des Arbeitsnachweises der Hamburger Bauunternehmer gegen die guten Sitten. Doch dieselbe Praxis ist auch bei allen anderen Arbeitsnachweisen dieser Art im Schwünge. Man wird also gut tun, sich die hier entwidlenen Rechtsgrundsätze zu merken.

* Maß der Unternehmer einzelnen Arbeitsteilnehmern auf Verlangen ihren Ueberflus selbst auszahlen? Mehrere Siper übernehmen gemeinsam ein Affordarbeit und stellen einen Arbeiter an, der ebenso, wie jeder Siper, am Afford teilnehmen sollte. Die Affordteilnehmer vereinbarten unter sich, daß derjenige unter ihnen, der die Arbeit vor deren Vollendung verläßt, keinen Anspruch auf einen sich eventuell ergebenden Affordüberschuß haben solle. Nach Fertigstellung der ganzen Arbeit hat der Meister dem führenden Gesellen einen Affordüberschuß von 30 3 für jede gearbeitete Stunde auszubezahlen. Da der Arbeitermann nun die Arbeit vor deren Vollendung verlassen hatte, haben die Gesellen den auf ihm entfallenden Betrag von 32,40 unter sich verteilt. Hiermit ist der Arbeiter nicht zufrieden, klagt deshalb gegen den Meister auf Auszahlung der 32,40. Wenn er auch von dem Gesellen eingekauft worden sei, so sei doch der Meister kein Arbeitgeber gewesen und müsse jenseitig die Auszahlung seines Lohnes aufkommen. Der Meister habe ihm auch ausdrücklich versprochen, sein Affordgeld zurückzubehalten zu wollen, wenn die Gesellen nichts dagegen hätten. Der Meister wandle ein, die übrigen Affordteilnehmer seien dagegen gewesen, daß der Kläger auch nur einen Pfennig dem erzielten Ueberflusse erhalte; der Kläger habe auch keinen Anspruch, weil er die Arbeit vorzeitig verlassen habe. Das Gericht beurteilte den Beklagten zur Zahlung von 32,40 an den Kläger. Daß der Beklagte als Arbeitgeber des Klägers anzusehen sei, habe das Gericht angenommen, da er als Arbeitgeber der Affordgesellen aus deren Arbeitermann bezahle und auch von diesem Gehorsam verlangen könne. Es sei nun nicht zweifelhaft, daß jeder Affordteilnehmer seinen Ueberflus selbst fordern könne, und daß, wenn ein solcher Anspruch erhoben werde, der Arbeitgeber nicht an den Affordteilnehmer zahlen dürfe, sondern an den betreffenden Affordteilnehmer selbst zu leisten habe. Der Beklagte sei daher verpflichtet gewesen, die 32,40 zurückzubehalten; er könne sich nicht auf die geleistete Zahlung an die übrigen Affordteilnehmer berufen. Wenn auch das Affordverhältnis nach Analogie der Bestimmungen über den Gesellschaftsvertrag zu behandeln sei, so stehe diesem nichts entgegen, weil durch Vereinbarung der Arbeit die Gesellschaft ihr natürliches Ende erreicht habe. Auch die behauptete Abmachung der Affordteilnehmer untereinander könne den Beklagten von der Zahlung nicht befreien, weil sich die Abmachung nur als Vertragsstrafe ruffassen lasse, welche die Gesellen von dem Kläger eventuell selbst einziehen müßten; als eine Fiktion zu Gunsten der anderen Arbeiter sei die Abmachung nicht anzusehen, da dann deren Charakter nicht vermindert werde. Außerdem stehe § 1 des Lohnbeschlages, nach dem der Meister verpflichtet sei, die Abrechnung abzugeben.

Polizei und Gerichte.

„Verlorene Liebesmüh“. Vor der Strafkammer des Landgerichts zu Plauen hatte sich der Vertrauensmann unserer dortigen Organisation, Kollege **Schnitz**, zu verantworten. Die Anklage lautete auf Körperverletzung und Nötigung. Unser **Waidauer** Parteiblat berichtete darüber: Am 26. August d. J. wurden zwei Maurer von derselben Strafkammer zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt, die gegenwärtig verbüßen. Diese sollten den Maurer **Louis Reichardt** aus Plauen-Gröbisch während des diesjährigen Streiks förmlich mißhandelt haben. In der betreffenden Verhandlung bezichtigte Reichardt den im Zuschauertraume sitzenden **Schnitz** als den, der ihn zuerst angepöbelte und die Treppe zum Streiklokal hinaufgetragen hätte. Oberstaatsanwalt **Deutler**, der damals wie heute die Anklage betrat, ließ auf die Aussage Reichardts hin ohne weiteres **Schnitz** im Gerichtssaal verhaften. Auf die damalige Begegnung war die heutige Anklage aufgebaut. Der Hauptbelastungszeuge ist schwerhörig, mit Sprachfehlern belastet und gibt auf Befragen des Vorsitzenden zu, daß er etwas schwach im Kopfe ist. Auch gibt er zu, vor der Verhandlung Schnaps getrunken zu haben. Das Strafregister Reichardts ist ziemlich reichhaltig: Diebstahl, Rückfallsdiebstahl, Beleidigung, Nötigung, Widerstand wegschleichen in „angenehmer“ Reibensfolge. Ein anderer Belastungszeuge, der Maurer **Göpf**, welcher nicht zu ermitteln war (sobiel wir in Erfahrung gebracht haben, sitzt er wegen Körperverletzung im Hofe Gefängnis) und auch ein nicht zu kleines Strafregister aufzuweisen hatte, schien für die Staatsanwaltschaft von nicht zu großer Bedeutung zu sein, denn der Oberstaatsanwalt **Deutler** verzichtete auf die Vernehmung desselben. **Göpf** ist, wie die angestellten Redaktionen ergaben, schon seit zwei Jahren in Plauen überhaupt nicht angemeldet und, wie gelegentlich einer Verhandlung im Amtsblat geschrieben, ein bei Gerichten und Polizei „wohlbekannter Mensch“.

Der Angeklagte **Schnitz** bestritt auf entschiedenste jede Schuld bei dem Vorgange am 11. Juli. Er sei, nachdem er den Standort vor dem Streikbureau gehört, aufgefallen, nach der Tür gegangen und habe dabei gesehen, daß der Schuttmann **Raden** den Maurer **Brich** arretiert hat. Er habe wieder mit **Reichardt** gesprochen, noch gar ihn die Treppe hinaufgetragen. Das sei schon aus dem Grunde nicht möglich, weil er erst das Zimmer verlassen, nachdem sich **Reichardt** auf dem Wege nach unten befand. Zeuge **Kriminalhauptmann Raden** hat von der Straße aus beobachtet, daß, nachdem **Reichardt** das Lokal betreten, er sofort von zwei Personen erfaßt und getragen wurde; während **Reichardt** behauptet, erst im Hause von dem aus der Gasse kommenden **Schnitz** erfaßt worden zu sein. Unter den Leuten, die nach Aussage **Raden** den **Reichardt** am Eingange erfaßten, ist **Schnitz** nicht gewesen, sonst hätte er ihn erkannt, da die Person **Schnitz** ihm sehr gut bekannt sei. Zeuge **Maurer Ebert**, der mit **Schnitz** im Bureau saß, sagte aus, daß **Schnitz** das Zimmer nicht verlassen, sondern nur gefragt habe, was draußen los ist. Jetzt tritt **Reichardt** vor und bezeugt, daß **Maurer Ebert** als einen von denen, die ihn mit geschlagen hätten. (Heute läßt der Oberstaatsanwalt **Deutler** keine Verhaftung vornehmen!)

Zeuge **Maurer Grünert** hat am fraglichen Tage neben **Schnitz** gesehen. Sie haben miteinander den Wochenbericht vom Streik verfertigt; er hätte also unter allen Umständen die Unwesenheit **Schnitz** bemerken müssen. Er sagt bestimmt, daß **Schnitz** am Vorgang nicht beteiligt gewesen sein kann. Zeuge **Maurer Freund**, jetzt Soldat, stand auf der Treppe zum Streikbureau, als man den **Reichardt** herauftrug; er ging voran und wartete oben auf dem Korridor, bis der Schwarm vorüber war. Er behauptet mit aller Bestimmtheit, daß unter denjenigen, die **Reichardt** trugen, der Angeklagte **Schnitz** nicht dabei war.

Nach dem Verhör dieses Zeugen verzichtet der Herr Oberstaatsanwalt auf weitere Beweismittel. Trotzdem wird der Krankenträger **Schütz** gerufen. Dieser sagt aus, daß **Reichardt** ihm gelegentlich eines Besuchs gesagt: Die ganze Sache mit dem **Schnitz** ist überhaupt nicht so schlimm. Auf Befragen des Vorsitzenden sagt Zeuge aus, daß er den **Reichardt** schon verschiedene Male betrunken gesehen habe, so am Abend des 26. August, an dem Tage, wo **Schnitz** verhaftet worden ist. Nach diesen Bestimmungen und klaren Aussagen sämtlicher Zeugen des Angeklagten sah sich der Oberstaatsanwalt **Deutler** nicht in der Lage, irgendwelchen Antrag zu stellen.

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt **Dr. Drucker-Beitzig**, beantragt Freispruch und Übernahme der Kosten auf die Staatskasse, da die Inschuld seines Klienten klar erwiesen sei. Nach kurzer Beratung entschied das Gericht nach dem Antrage des Verteidigers.

Oberstaatsanwalt **Deutler**, der die Anklage erhoben, büßte von dem Ausgange dieser Sache nicht sonderlich erbaut sein. Und aber ist es einfach unbegreiflich, daß die Aussagen eines solchen Idioten wie **Reichardt** genügen konnten, eine solche schwere Anklage zu erheben, um den um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeitern zu Gefängnisstrafen zu verurteilen.

Leider stehen aber solche Fälle, wo sich die Unzuverlässigkeit der „Anzeiger“ so klar beweisen läßt, recht vereinzelt da. Manche, jener ruppigen Individuen, auf deren Meinthe ehrliche Arbeiter ins Gefängnis gingen, steht auf derselben Stufe moralischer Verlotterung wie dieses Monstrum.

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Euttgart, Paul Singer) ist heute das 11. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Kolportage zum Preise von M. 3.25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann sie bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochen-schrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Otto Braun (Verlag: Berlin W 15. Preis für das Einzelheft 10 A., pro

Monat 40 A., pro Vierteljahr M. 1.20, Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert), ist heute das 88. Heft erschienen. Diese Nummer ist der Schulfraße gewidmet, und darum besonders aktuell.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Euttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 25, 15. Jahrgang.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 A., durch die Post bezogen, beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 A.; unter Kreuzband 85 A. Jahresabonnement M. 2.80.

Die Weihnachtsnummer des „Wahren Jacob“ ist heute erschienen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die farbigen Bilder „Der Komet von 1905“ und „Hohe Ehre“. Das letztere Bild ist eine köstliche Satire auf die deutsche nationale Erblichkeit. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 A.

Briefkasten.

Auf verschiedene Anfragen biete zur Antwort, daß in der vorigen und auch in dieser Nummer einige Berichte zurückgestellt werden mußten.

Hm, Schriftführer. Ihr Bericht hat die ihm gebührende Verwendung gefunden. Sie berichten leblich, daß 27 Versammlungen mit 147 „Kunsten“ stattgefunden haben, welche Kollegen in den Vorstand gewählt wurden, und daß die Versammlung zum Schluß in ein Hoch auf den Verband eingestimmt hat. Wenn nichts Wichtigeres zu berichten ist, dann kann das auch fortbleiben.

Richtersal, Gewerbetreib. Ihre „Ehrenklärung“ kann keine Ausnahme im „Grundstein“ finden. Wenn Sie die Beschimpfung, die Sie gegen unseren Verband getan haben, gebauert zurücknehmen, so ist das ganz schön, aber der Verband wird sich nicht bei Ihnen bedanken. Seien Sie beruhigt.

Lüthgen, C. E. Nein, in diesem Falle steht Ihnen Krankenunterstützung nicht zu. Am 27. November sind Sie erkrankt, mit diesem Tage beginnt die achtstägige Karenzzeit und wenn die Angelegenheit, hat die Zeit — Dezember, Januar, Februar — schon begonnen, während der Krankenunterstützung nicht gewährt wird.

Landberg a. d. W., Schriftführer. Wir raten Ihnen bringen, die besten Räte anzuschaffen und bei künftigen Berichten etwas mehr Platz zwischen den Zeilen frei zu lassen.

Nr. 146. Wenn Sie glauben, ein Recht an dem Grundstück in der Größe wie es seit 1847 von Ihnen oder Ihrer Mutter bewirtschaftet worden ist zu haben, die Größe des Grundstücks aber nicht mit der im Grundbuch eingetragenen übereinstimmt, so müssen Sie bei dem Grundbuchamt unter Vorlegung etwaiger auf das Grundstück sich beziehender Papiere eine Verichtigung der Eintragung beantragen. Eine Verjährung fremder Ansprüche an dem Grundstück tritt dann ein, wenn die Ansprüche im Grundbuch zu Unrecht eingetragen sind und wegen der Ansprüche an den Eigentümer des Grundstücks Verjährung eingetreten ist. Wenn sich also in der langen Zeit seit 1847 niemand gefunden hat, der seine Rechte an dem Teil des Grundstücks geltend gemacht hat, der Ihnen etwa streitig gemacht werden könnte, und Eintragungen darüber im Grundbuch auch nicht vorhanden sind, so ist wohl anzunehmen, daß etwaige frühere fremde Ansprüche verjährt sind. Sie haben also wohl kaum einen Verlust an dem Grundstück zu befürchten.

Wittenberg, A. J. Wie hoch sich die Rente bei der Fingerverletzung belaufen wird, läßt sich im voraus nicht sagen. Es kommt wesentlich darauf an, wie hoch die Einbuße an Erwerbsfähigkeit von den Ärzten eingeschätzt wird. Vielleicht werden Sie 15 bis 20 vzt. der Vollrente erhalten. Da die Vollrente zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes beträgt, so können Sie sich wohl selber ausrechnen, wie hoch der Geldbetrag sein wird, den Sie etwa im Monat erhalten werden.

Münster, H. E. Ihre Einwendung können wir nicht aufnehmen. Wir müssen Ihnen anheim geben, die Angelegenheit in der nächsten Versammlung zur Sprache zu bringen und zu veranlassen, daß dann ein Bericht darüber eingeleitet und veröffentlicht wird.

Worms. Wir versprechen uns von der Veröffentlichung der Anzeige nicht den gewünschten Erfolg. Es erscheint uns praktischer, durch Aufhängen eines Plakats in der Herberge oder im Verkehrslokal die reisenden Kollegen von der Sache in Kenntnis zu setzen.

Müßel, Th. S. Es ist nicht strafbar, neben einer Betriebskrankenkasse noch einer eingeschriebenen freien Hilfskassentasse anzugehören.

Wriezen, A. S. Als ungeschädigt ist das Vorgehen des Genarben ungewisshalt anzusehen, aber strafbar ist es nicht. Sie können sich nur über den Vamten bei seinem Vorgesetzten beschweren.

Plauen, A. C. Wir würden darin allerdings eine Mahregelung erblicken, vorausgesetzt natürlich, daß Ihre Vorstellung des Falles richtig ist.

Westerland, J. Wir sind ganz Ihrer Meinung, daß in diesem Falle der Sonnabend als der Tag anzusehen ist. Mit dieser Streiffrage hat sich vor einigen Jahren das Berliner Gewerbegericht beschäftigt und entschieden, daß der dazwischen liegende Sonntag die Bestimmung nicht aufhebt.

Anzeigen.

Den reisenden Kollegen

zur Kenntnis, daß am hiesigen Orte eine Herberge nicht existiert, weil sie der frühere Welter aufgegeben hat. Die Herberge war bis jetzt noch nicht in der Lage, eine andere einzurichten, wohl aber ist „Abhilfe“ insofern geschaffen, daß man den durchreisenden Handwerkern ein „Lobad“ in Postzeitung a h r s a m empfiehlt! Wir möchten unsere Berufskollegen ermahnen, unter diesen Verhältnissen den Ort zu meiden.
[M. 8] Zweigverein Calbe a. d. S.

[M. 1.60]

Wiesbaden.

Die Gewerkschaftsherberge befindet sich vom 30. Dezember ab bei **Georg Heuchel, Equigasse 4**. Dort wird auch die Reiseunterstützung ausgezahlt. Der Vorstand.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 1 A.)

Barmen-Elsfeld. Am 25. November verstarb unser treues Mitglied **Friedrich Schmidt** in seinem Geburtsort **Elsfeld** an der Proletarierkrankheit im Alter von 27 Jahren.

Berlin. (Sektion der Püger.) Am 3. Dezember verstarb plötzlich an Herzlähmung unser Mitglied **August Kieselak** im Alter von 62 Jahren.

Breslau. Am 3. Dezember ist unser Kollege **Gottlieb Zierbock** nach längerer Krankheit an Lungenerleiden verstorben.

Bungau. Am 2. Dezember verstarb nach kurzem Leiden unser treues Mitglied **Paul Zieher** im Alter von 24 Jahren an Lungen- und Keuchschwundbrand.

Crumbach. Am 30. November fand unser Kollege **Johann Herdes** aus Jmmenhausen durch Abstrich von einem Schornstein einen plötzlichen Tod.

Hannover. Am 2. Dezember verstarb unser Kollege **H. Kloth** im Alter von 48 Jahren an Gehirn-entzündung.

Holzminden. Am 8. Dezember verstarb unser Verbandskollege **Wilhelm Abraham** im 30. Lebensjahre.

Kranstid. Am 2. Dezember verstarb unser treuer Kollege **Eduard Schiersch** im Alter von 56 Jahren im Krankenhaus zu Nummersburg an Blutvergiftung infolge eines Sturzes vom Gerüst.

Wanne. Samstag, den 9. Dezember, fand unser Verbandskollege **Anton Humbla** aus Kubitarna infolge Unfalles seinen plötzlichen Tod.

Ehre ihrem Andenken!

Düsseldorf.

Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß sich die Herberge nicht im „Königlichen Hof“, wie im Adressenverzeichnis steht, sondern im **Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 8**, befindet.
[M. 3.60] Der Vorstand.

Gesucht von seinem Freunde

H. Büttner wird der Kollege **Konrad Koch**, geboren zu Homburg b. Coßel.

Der den Aufenthalt des Kollegen **Koch** weiß, wird gebeten, dieses mitzuteilen an
H. Büttner, Maurer, Gohshorn Nr. 67 vor Hannover.
[M. 2.40]

Bielefeld.

Am ersten Weihnachtsfeiertage:

Weihnachtsvergnügen

im Lokale des Herrn Indestel.

Anfang 4 Uhr. Entree a Person 25 A.
Sämtliche Kollegen sind hierzu freundlichst eingeladen.
[M. 3.30] Das Festkomitee.

Veranstaltungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der d. m. Erststimmungstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung besonders eingeleitet werden und bis spätestens am Dienstagmorgen 6 Uhr in unserer Kasse sein.)

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 17. Dezember.

Balgern. Nachm. 3 Uhr im Bräutigamslokal. Jahresliches Erntedankfest. [M. 2.40]
Bergedorf. Nachm. 4 Uhr in Saumanns Gasthof. Tagesordnung: Unterhaltungs. Alle Kollegen müssen erscheinen.
Gransen. Nachm. 2 Uhr im Brautlokal. T. d. V. Vorstandswahl. Die Kollegen werden gebeten, sich vorher als fertig zu erscheinen.

Rötha. Nachm. 3 Uhr im Gasthof zu Gohshorn. Wichtige Tagesordnung. Wähler sind mitzubringen.
Salzgitter. Nachm. 3 Uhr im bekannten Lokal. Alle Kollegen müssen erscheinen und ihre Verbandsbücher mitbringen.

Treuenbrietzen. Nachm. 3 1/2 Uhr im Verbandslokal. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist pünktliches Erscheinen notwendig. Wähler, anwesend.

Dienstag, den 19. Dezember.

Altenburg. Nachm. 6 Uhr im „Möser“. T. d. V. Vortrag über „Städtegründung im größten Jahrhundert“. Ref. Gen. **Dickertzen**.

Sonntag, den 24. Dezember.

Harford. Vorm. 10 Uhr im Verbandslokal. Wichtige Tagesordnung. Alle müssen erscheinen.
Wintersee. Nachm. 1 Uhr im Gasthof „Zum deutschen Hause“. Bielefeld. Jahresliches Erntedankfest. Verbandsbucher mitbringen.

Lochau. Nachm. 2 1/2 Uhr. Vorstandswahl. Alle zur Stelle.
Templin. Vorm. 11 Uhr außerordentl. Versammlung im Lokale d. Herrn **Jermann**. T. d. V. Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wähler sind mitzubringen.

Dienstag, den 26. Dezember.

Hohensalza. Im Lokale des Herrn **Horn**, Gde. **Wittstock**, außerordentl. Versammlung. Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.
Neubardenberg. Nachm. 2 Uhr. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erforderlich.
Trebitsch. Nachm. 2 Uhr. Vollständig erscheinen. Wähler sind mitzubringen.

Mittwoch, den 27. Dezember.

Luckau. Vorm. 9 1/2 Uhr bei Otto Schulte.
Öffentliche Maurerversammlungen.
Sonntag, den 17. Dezember.

Oriesen. Nachm. 1 1/2 Uhr im „Mittlergasthof“. Tagesordnung: Wähler sind mitzubringen.
Dienstag, den 26. Dezember.

Oppeln. Vorm. 11 Uhr im Restaurant „Reichshaus“. Danach Verbandsbucher mitbringen. Tagesordnung ist pünktliches Erscheinen notwendig.

Druck: Hamburger Buchdrucker und Verlagsanstalt **Kuer & Co.** in Hamburg.